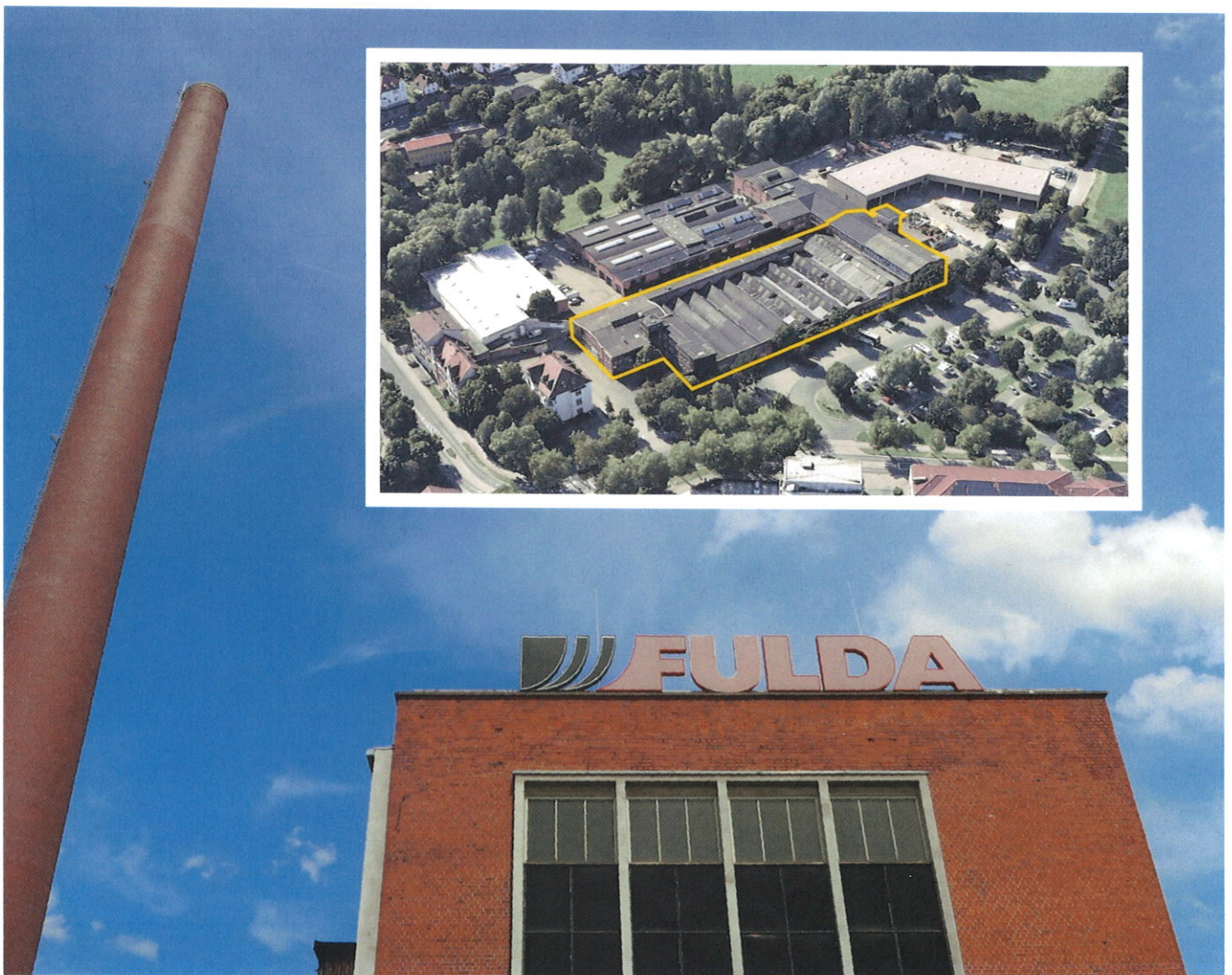


Konsolidieren und Chancen nutzen Haushalt 2027



***Rede von Oberbürgermeister Dr. Heiko Wingefeld
zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs
in die Stadtverordnetenversammlung Fulda
am 2. Oktober 2026***

- ES GILT DAS GESPROCHENE WORT -

„Konsolidieren und Chancen nutzen“

I.

Die Haushaltsberatungen für das Jahr 2027 stehen unter schwierigen Vorzeichen: Seit mehr als vier Jahren erleben wir einen Krieg in Europa. Die Weltwirtschaft leidet unter den Unsicherheiten, die mit den Kriegen und Konflikten einhergehen. Einige Ökonomen vertreten die Auffassung, dass die tieferliegenden strukturellen Probleme Deutschlands - insbesondere die Entwicklung der Demografie und der Energiepreise sowie der Mangel an Investitionen - dazu führen, dass die deutsche Wirtschaft seit 2018 kaum noch nennenswert wächst.

Auch wenn aktuell wieder ein leichtes Wachstum festzustellen ist, hat die in den vergangenen Jahren ausbleibende wirtschaftliche Dynamik dramatische Folgen für die kommunalen Haushalte. Auf der einen Seite steigen die Kosten für die Städte und Gemeinden Jahr für Jahr. Auf der anderen Seite sinken die kommunalen Einnahmen bzw. wachsen bei weitem nicht schnell genug, um den Kostenanstieg zu kompensieren. Noch nie war die finanzielle Lage der Kommunen so dramatisch wie heute. Das ist kein Lamento, sondern leider bittere Realität. Einige wenige Zahlen belegen dies: 2023 lag das Finanzierungsdefizit der Kommunen in Hessen noch bei rund 600 Mio. EUR. Innerhalb kürzester Zeit hat sich das Finanzierungsdefizit vervierfacht: Auf 2,4 Mrd. im Jahr 2025. Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht in Sicht.

Das grundlegende strukturelle Problem der Unterfinanzierung der Kommunen zeigt sich auch im Haushalt der Stadt Fulda.

Meine Damen und Herren,

eine dauerhafte und wachsende Diskrepanz zwischen Einnahmen und Ausgaben kann nicht funktionieren! Das gilt für jedes Unternehmen, das gilt für jeden privaten Haushalt. Und dies gilt auch für den Haushalt der Stadt Fulda.

Umso wichtiger wird unsere Aufgabe, den Haushalt zu konsolidieren. Trotz der erforderlichen Konsolidierung sind wir zugleich gefordert, weiterhin aktiv Chancen für die Stadtentwicklung zu nutzen.

Der Entwurf des Haushalts 2027 soll einen Beitrag dazu leisten, diese schwierige Gratwanderung zu meistern!

II.

Eckdaten im Überblick:

Der Blick auf die Eckdaten des Entwurfs zeigt sehr schnell, dass die Haushaltslage noch nie so schwierig war wie jetzt: Die Gesamterträge werden im Vergleich zum Vorjahr um rund 13 Mio. EUR auf rund 282 Mio. EUR sinken. Den sinkenden Einnahmen stehen höhere Aufwendungen gegenüber: Diese erhöhen sich um rund 7 Mio. EUR auf rund 312 Mio. EUR.

Somit ergibt sich für 2027 im Ergebnishaushalt ein Plandefizit von 29,6 Mio. EUR.

Meine Damen und Herren,

wie kommt es zu diesem hohen Defizit?

Im Kern gibt es drei Erklärungen: Erstens die negativen Folgen des Zensus, die für Mindereinnahmen in Höhe von 7,7 Mio. EUR sorgen. Zweitens die sinkenden Schlüsselzuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich in Höhe von rund 13 Mio. EUR. Und drittens die steigenden Personal- und Sachkosten.

Meine Damen und Herren, das negative Planergebnis im Haushalt der Stadt Fulda und die negativen Ergebnisplanungen in den meisten größeren Kommunen in Hessen und in ganz Deutschland sind ein deutliches Alarmsignal und ein Handlungsauftrag an den Gesetzgeber: Der Bund und die Länder müssen für eine bedarfsgerechte Finanzausstattung der Städte und Gemeinden sorgen! Es wird Zeit, endlich diesen Handlungsauftrag anzunehmen!

Wenn wir als Kommunen diese Forderung gegenüber dem Bund und dem Land erheben, erhalten wir die Antwort, dass auch auf Bundes- und Landesebene die finanzielle Lage prekär sei. Dies mag in der Sache zutreffen. Die gleichermaßen prekäre Haushaltslage auf den Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen führt jedoch klar zu der Erkenntnis, dass nun der Gesetzgeber gefordert ist, die in den vergangenen Jahrzehnten formulierten staatlichen Leistungsversprechen auf den Prüfstand zu stellen. Für die meisten Gesetze, die für die Kommunen mit hohen Kostenfolgen verbunden sind, ist der Bund als Gesetzgeber zuständig, z. B. die Eingliederungshilfe. Deshalb braucht es vor allem auf der Bundesebene mehr Mut, Standards und Leistungsversprechen auf den Prüfstand zu stellen!

Das hohe Defizit im Haushaltsplan der Stadt Fulda ist aber nicht nur mit einem Appell an die Bundes- und Landesebene verbunden. Wir sind auch hier vor Ort gefordert, um im Rahmen unserer Entscheidungsmöglichkeiten dafür einzustehen, dass Generationengerechtigkeit nicht nur eine Floskel, sondern Teil unserer Verantwortung ist!

III.

Erträge:

Bei den Erträgen spielt die Gewerbesteuer die zentrale Rolle. 2024 konnten wir uns über ein Rekordergebnis von rund 80 Mio. EUR freuen. Umso schwieriger war dann der Einbruch der Gewerbesteuer im vergangenen Jahr auf lediglich 56 Mio. EUR. Diese Mindereinnahmen von 24 Mio. EUR spiegeln sich direkt in unserem Jahresabschluss 2025 wider. Im laufenden Jahr 2026 können wir nach heutigem Stand mit mehr als 80 Mio. EUR Einnahmen aus der Gewerbesteuer rechnen. Diese Entwicklung zeigt, wie volatil die Entwicklung der Gewerbesteuer ist. Der Haushaltentwurf für 2027 basiert auf einem Durchschnittswert der vergangenen Jahre und liegt bei 72 Mio. EUR. Ob diese Annahme Realität wird, ist jedoch nicht sicher planbar!

Meine Damen und Herren, bei dem hohen Plandefizit für den Haushalt 2027 stellt sich natürlich die Frage einer Steuererhöhung.

Ich bin der Überzeugung, dass wir bei der notwendigen Konsolidierung zunächst alle Einsparmöglichkeiten ausschöpfen müssen. Erst wenn wir zu dem Ergebnis kommen, dass trotz aller Anstrengungen Einsparungen nicht ausreichen, sollten Steuererhöhungen für die Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen in Fulda in Betracht gezogen werden. Ich werbe dafür, dass wir als städtische Gremien nun unter Beweis stellen, dass wir alle vertretbaren Anstrengungen unternehmen, um zu sparen und Aufwendungen zu begrenzen. Deshalb schlage ich Ihnen trotz der schwierigen Gesamtsituation bewusst keine Erhöhung der Steuersätze für die Unternehmen sowie die Bürgerinnen und Bürger, die in Fulda leben, vor.

Gegenwärtig haben wir mit 380 Prozentpunkten den niedrigsten Gewerbesteuersatz unter den Sonderstatus- und kreisfreien Städten in ganz Hessen. Diese im Vergleich geringste Steuerlast ist ein konkreter Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Fulda! Der geringe Hebesatz bei der Gewerbesteuer ist im Wettbewerb mit anderen Regionen ein starkes Argument, um in Fulda zu investieren, z.B. auch auf dem Areal der ehemaligen Gummiwerke! Ein niedriger Gewerbesteuersatz ist für uns in Fulda eine Chance für die Zukunft! Wir sollten diese Chance auch in schwieriger Zeit nicht aus der Hand geben!

Die Grundsteuer B ist für 2027 wie im Vorjahr mit 11 Mio. EUR angesetzt. Auch die Höhe der Grundsteuer B ist ein Beleg dafür, dass wir in Fulda unsere Bürgerinnen und Bürger so gering wie möglich belasten. Das ist gerade in der aktuellen Situation, in der die Menschen unter einer hohen Inflation, hohen Spritpreisen und teilweise existenziellen beruflichen Sorgen leiden, ein wichtiges Signal!

Bei der Grundsteuer B zeigt sich ganz konkret, dass Fulda seinen Bürgerinnen und Bürgern einen klaren Vorteil bietet. Fulda hat in der Gruppe der Sonderstatus- und kreisfreien Städte hessenweit mit 313 % die niedrigste Grundsteuer B! Zum Vergleich: Im Durchschnitt liegt der Hebesatz der Grundsteuer B bei den übrigen Sonderstatusstädten aktuell bei 739%. In ganz Hessen lag der durchschnittliche Hebesatz bei den kreisangehörigen Gemeinden bei 546 %.

Durchschnittswerte klingen immer sehr abstrakt. Ein konkretes Beispiel zeigt, dass es einen großen Unterschied macht, ob man Hauseigentümer oder Mieter in Fulda,

Rüsselsheim, Offenbach oder Riedstadt ist. In Fulda gilt ein Hebesatz von 313%, in Rüsselsheim sind es 921%, in Offenbach sind es 1230 % und in Riedstadt im Kreis Groß-Gerau 1600%. Das bedeutet, dass der Eigentümer eines durchschnittlichen Einfamilienhauses in Fulda pro Jahr 253 EUR Grundsteuer B bezahlt. Für das gleiche Haus müsste er pro Jahr in Rüsselsheim 746 EUR, in Offenbach 996 EUR und in Riedstadt rund 1300 EUR bezahlen.

Wenn wir als kommunale Mandatsträger gefragt werden, was die Stadt eigentlich konkret für die Menschen tut, liegt die Antwort auf der Hand: Fulda steht dafür, die Bürgerinnen und Bürger so gering wie möglich mit Steuern zu belasten!

Diese Feststellung ist kein Wunschdenken, sondern auch das Ergebnis der regelmäßigen Auswertungen des Bundes der Steuerzahler. Dieser bescheinigt Fulda immer wieder, die geringsten Wohnnebenkosten unter den hessischen Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern zu haben.

Diese Spitzenbewertung durch den im allgemeinen als sehr kritisch bekannten Bund der Steuerzahler sollte uns auch für die Zukunft anspornen, diesen Fuldaer Weg weiter zu gehen!

In Anbetracht der gravierenden haushalterischen Folgen des Zensus will ich Ihnen jedoch vorschlagen, einen für Fulda neuen Weg zu gehen, indem wir eine Zweitwohnungssteuer einführen.

Grundsätzlich bin ich - wie sicherlich viele von Ihnen - sehr skeptisch gegenüber der Einführung neuer Steuern. Allerdings stellt uns das Ergebnis des Zensus ab dem Haushaltsjahr 2027 vor ein großes Problem. Dieses will ich an dieser Stelle etwas näher erläutern:

Mit dem Zensus 2022 hat der Bund den Versuch unternommen, die aktuelle Einwohnerzahl Deutschlands möglichst genau zu beziffern. Allerdings beruht das Verfahren des Zensus nicht auf einer konkreten Zählung, sondern auf der Hochrechnung von Stichproben. Im Ergebnis hat der Zensus nicht nur für Fulda, sondern für die meisten größeren Städte in Hessen fatale Abweichungen mit sich gebracht. So wurde auf der Basis des Zensus 2022 die Einwohnerzahl in Fulda um 5270 Einwohner herabgesetzt. Da die Einwohnerzahl die Grundlage für die

Berechnung der Finanzströme aus dem Kommunalen Finanzausgleich bildet, bedeuten weniger amtlich gezählte Einwohner geringere Einnahmen.

Konkret hat dies für Fulda eine Reduzierung der Schlüsselzuweisungen um 7,7 Mio. EUR zur Folge. Diese Reduktion ist grotesk! Denn die über 5000 Einwohner sind ja nicht verschwunden, sondern leben laut Melderegister hier in Fulda! Eine solch drastische Konsequenz des Zensus können wir in Fulda und die anderen betroffenen Kommunen im wahrsten Sinne des Wortes nicht klaglos hinnehmen!

Deshalb hat die Stadt Fulda bereits am 10. Juli 2025 beim Verwaltungsgericht Kassel fristgerecht Klage gegen den Bescheid des Hessischen Statistischen Landesamts zur Feststellung der Einwohnerzahl im Rahmen des Zensus 2022 erhoben. Wir stehen in unserem Kampf nicht alleine. Gemeinsam mit uns haben mehrere hessische Städte, darunter Hanau, Gießen, Marburg und Kassel, Klage erhoben. Seit dem 11. August 2026 liegt eine Klageerwiderung des Statistischen Landesamts vor. Zur Stellungnahme auf diese Klageerwiderung hat das Verwaltungsgericht Kassel den klagenden Städten nun eine Frist bis zum 7. Dezember 2026 gesetzt. Die von uns und den anderen klagenden Städten beauftragte Rechtsanwaltskanzlei wird fristgerecht Stellung beziehen.

Wann mit einer gerichtlichen Entscheidung über die Zulässigkeit der Berechnungsmethode des Zensus gerechnet werden kann, ist völlig offen.

Deshalb müssen wir bis auf weiteres davon ausgehen, dass die Ergebnisse des Zensus 2022 die kommenden Haushaltsjahre extrem belasten.

Neben der Klageerhebung sollte es unser Ziel sein, weitere Anreize zu setzen, um den Hauptwohnsitz in Fulda zu wählen. Denn der Hauptwohnsitz ist auch nach der Logik des Zensus die Grundlage für die amtliche Feststellung der Einwohnerzahl.

Vor diesem Hintergrund schlage ich Ihnen trotz meiner grundsätzlichen Zurückhaltung gegenüber neuen Steuern die Einführung einer Zweitwohnungssteuer vor. Durch die Einführung einer Zweitwohnungssteuer - die nach dem Vorbild anderer hessischer Städte auch für Studierende mit Nebenwohnsitz in Fulda gelten soll - könnten zusätzliche Einnahmen von 700.000 EUR pro Jahr generiert werden. Neben der Verbesserung der Einnahmesituation könnte ein konkreter Anreiz für die Anmeldung

des Hauptwohnsitzes im Stadtgebiet geschaffen werden. Derzeit sind in Fulda rund 3000 Menschen mit Nebenwohnsitz gemeldet.

Mit jedem zusätzlichen Hauptwohnsitz ist eine Erhöhung der Schlüsselzuweisung aus dem Kommunalen Finanzausgleich verbunden.

Eine Zweitwohnungssteuer wäre ein erheblicher Beitrag zur Konsolidierung, der die in Fulda lebenden Bürgerinnen und Bürger nicht belasten würde. Es ist aus meiner Sicht legitim, dass mit einer Zweitwohnungssteuer ein konkreter Anreiz gesetzt wird, seinen Hauptwohnsitz in Fulda anzumelden! Deshalb möchte ich - auch wenn es unpopulär sein mag – für die Einführung einer Zweitwohnungssteuer zum 1. Januar 2027 werben.

Meine Damen und Herren, einen weiteren Vorschlag zur Verbesserung der Einnahmesituation will ich mit der Erhöhung des Tourismusbeitrags um einen EUR unterbreiten.

Im Jahr 2023 wurde in Fulda ein Tourismusbeitrag in Höhe von 2 EUR pro Übernachtung eingeführt. Diese Entscheidung hat sich meiner Überzeugung nach bewährt. Die für 2027 geplanten Einnahmen von 2,1 Mio. EUR sind für unsere Stadtentwicklung besonders wichtig. Denn nur mit diesen Mitteln können wir unser auch überregional ausstrahlendes Kulturprogramm fortführen und weitere Potentiale erschließen.

Auch in diesem Jahr werden voraussichtlich wieder rund 700.000 Übernachtungen in der Stadt Fulda gezählt werden. Unsere auswärtigen Gäste sind ein entscheidender Faktor für all unsere Bemühungen für eine attraktive Innenstadt. Von einer lebendigen Innenstadt profitieren nicht nur unsere Gäste, sondern alle Menschen in der Stadt und der gesamten Region. Dass die Einführung und die Erhöhung des Tourismusbeitrags im Hotelgewerbe keine Begeisterung auslöst, liegt auf der Hand. Ich danke jedoch allen Hoteliers für die Akzeptanz dieser Entscheidung. Sie trägt dazu bei, dass Fulda weiterhin überregional als attraktive Stadt und lohnenswertes Reiseziel wahrgenommen wird! Die Attraktivität Fuldas ist trotz der Schönheit der Stadt kein Selbstläufer, sondern mit viel Arbeit, ständiger Weiterentwicklung und neuen Ideen - aber auch dem Einsatz von finanziellen Mitteln verbunden!

Aufwendungen:

Meine Damen und Herren, der Haushalt 2027 sieht erneut Steigerungen auf der Aufwandsseite vor. Die Kosten für die Wahrnehmung unserer Aufgaben steigen. Nach wie vor ist die Finanzausstattung für die Städte, Gemeinden und Landkreise nicht auskömmlich.

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen steigen weiter: um 3,8% auf insgesamt rund 101 Mio. EUR. Das Personalbudget ist damit nach wie vor die größte Kostenposition im Ergebnishaushalt.

Im Unterschied zu den Jahren bis 2024 ist der Kostenanstieg jedoch nicht auf einen Stellenzuwachs, sondern allein auf Tarifierhöhungen zurückzuführen. Die Tarifierhöhungen können wir nicht beeinflussen. Der Haushalt setzt den Kurs fort, der bereits im Jahr 2025 eingeschlagen wurde. Die Stellenzahl wird weiter reduziert. Konkret sieht der Haushaltsentwurf 12 Stellen weniger vor. Diese Stelleneinsparungen beziehen sich nicht auf einzelne Bereiche, sondern betreffen das gesamte Leistungsangebot der Stadt.

Die Reduzierung der Stellen ist ein wichtiges Signal nach innen in die Stadtverwaltung, aber auch ein Signal nach außen an die Bürgerinnen und Bürger.

Der Haushalt verfolgt das Ziel, bei den notwendigen Sparbemühungen zunächst bei der Stadtverwaltung selbst anzusetzen.

Mit der geplanten Reduzierung des Stellenplans ist zugleich die Botschaft verbunden, dass der Staat bzw. die Stadt nicht alle Aufgaben übernehmen kann, die in der Öffentlichkeit als wünschenswert erscheinen mögen!

Aus meiner Sicht besteht für uns alle, die wir Verantwortung tragen, die Pflicht, die Dinge beim Namen zu nennen: Zusätzliches Personal ist in der Regel nicht finanzierbar und immer häufiger auf dem Arbeitsmarkt auch gar nicht verfügbar. Umso wichtiger wird es sein, die Kultur der Eigenverantwortung zu stärken!

Meine Damen und Herren,

kommen wir zu einer weiteren Herausforderung auf der Ausgabenseite: Die Aufwendungen für Steuern und Umlagen erhöhen sich im kommenden Jahr

voraussichtlich um rund 8% auf rund 46 Mio. EUR. Bei den Umlagen ist die größte Einzelposition traditionell die Kreisumlage mit rund 35 Mio. EUR.

Diesen Aufwandssteigerungen zum Trotz muss es meiner Überzeugung nach Bereiche geben, die von Kürzungen ausgenommen sind. Denn auch der Haushalt 2027 soll wiederum eine verlässliche Basis bieten, um die Gemeinschaft und das Miteinander in Fulda zu unterstützen. Das Vereinsleben ist von zentraler Bedeutung für eine lebendige Gemeinschaft. Sport und Kultur sind die besten Brückenbauer in einer Gesellschaft, die von zunehmender Vielfalt geprägt ist und die umso mehr den Zusammenhalt benötigt.

Auch der Haushalt 2027 verfolgt das Ziel, dass für Vereine und Gemeinschaften passende Räumlichkeiten zur Verfügung stehen. Beispielhaft steht hierfür das Bürgerhaus in Niederrode, für dessen Umbau und Erweiterung wir kürzlich Richtfest feiern konnten.

Die Formen des Miteinanders in unserer Gesellschaft verändern sich derzeit rasant. Soweit wir als Stadt Möglichkeiten haben, sollten wir die Rahmenbedingungen dafür bieten, dass Menschen nicht „nebeneinander“, sondern „miteinander“ leben. Neue Perspektiven für Gemeinschaftsräume könnten mit der aktuell veröffentlichten Immobilienstrategie des Bistums verbunden sein. Diese zielt darauf ab, den bezugslosen Gebäudebestand und die Zahl der Kirchen bis 2035 um die Hälfte zu reduzieren. Diese Immobilienstrategie ist für viele von uns sicherlich mit sehr viel Wehmut und Bedauern verbunden. Für uns als Stadt leite ich aus den Ankündigungen des Bistums ab, dass wir vor der Realisierung einer teuren Neubaumaßnahme für städtische Zwecke sehr sorgfältig prüfen sollten, ob nicht vorhandene Bestandsbauten aus dem kirchlichen Kontext eine sinnvolle Alternative sein könnten. Auch insoweit bieten sich in unserer schwierigen gesellschaftlichen Umbruchssituation nicht nur Probleme, sondern neue Optionen.

V.

Kinder-, Jugend- und Familienhilfe:

Die Kinder-, Jugend- und Familienhilfe ist erneut einer der höchsten Einzeletats. Der Aufwand steigt hier um rund 3 Mio. EUR auf 75,4 Mio. EUR.

Natürlich erhält die Stadt in diesem Bereich Zuweisungen von Bund und Land. Doch der kommunale Eigenbeitrag steigt weiter an. Der nicht refinanzierte Aufwand für die Stadt steigt um 3,7 Mio. EUR auf rund 54,2 Mio. EUR.

Meine Damen und Herren,

diese erneute Steigerung der Aufwendungen um 3,7 Mio. EUR aus rein städtischen Mitteln ist ein eindeutiger Beleg dafür, dass wir als Kommunen finanziell nicht hinreichend ausgestattet werden, um die uns auferlegten Kernaufgaben zu erfüllen.

Ich bedauere, dass ich an dieser Stelle wiederholen muss, was ich schon in den vergangenen Jahren erläuterte: Es war der Bund, der gegen den erklärten Widerstand der Kommunen den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an den Grundschulen ab August 2026 einführt. Es war das Land Hessen, welches entgegen der Empfehlung vieler Kommunen ab 2018 die Beitragsfreistellung für die Betreuungszeit von bis zu 6 Stunden in den Kindergärten beschloss.

Die Entscheidungen von Bund und Land mögen inhaltlich ja gut und richtig sein. Entscheidend ist jedoch, dass den Kommunen auch die Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die zusätzlich beschlossenen Aufgaben adäquat erfüllen zu können!

Bei aller Sorge um die Finanzierung der Kinderbetreuung ist es immerhin eine gute Nachricht für junge Familien, dass wohl auf absehbare Zeit kein Mangel an Betreuungsplätzen in unseren Kindertagesstätten bestehen wird. Eltern, die einen Betreuungsplatz benötigen, erhalten diesen in aller Regel sehr zeitnah und zumeist auch wohnortnah.

Das ist ein wichtiger Baustein für die Familienfreundlichkeit in Fulda.

Wir investieren weiter für ein familienfreundliches Fulda. Der Umbau der Kita Miteinander im Südend schreitet voran. Vorgestern konnte das Richtfest gefeiert

werden. Als Einweihungstermin der neuen und mit 111 Plätzen deutlich größeren Einrichtung wurde gemeinsam mit der Fuldaer-Foaset-begeisterten Leitung bereits der 11.11.2027 festgelegt. Ich bitte Sie schon jetzt darum, sich diesen Termin in mehrfacher Hinsicht vorzumerken.

Weitere Neubauten von Kitas sind aktuell nicht vorgesehen. Dies mag in finanzieller Hinsicht erfreulich sein. In der Sache muss uns der deutschlandweite Negativtrend bei den Geburtenzahlen aber mit großer Sorge erfüllen.

In den vergangenen drei Jahren wurden jeweils weniger als 600 Kinder mit Wohnsitz in Fulda geboren. Das ist ein erheblicher Rückgang! Zuvor waren es in der Regel rund 650 Kinder, die mit Wohnsitz in Fulda geboren wurden.

Die sinkenden Geburtenzahlen werden uns bei der Kinderbetreuung, in den Schulen, auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt und in unserem Vereinsleben sehr bald vor große Herausforderungen stellen!

Trotz tendenziell zurückgehender Geburtenzahlen zählen die Erziehungs- und Eingliederungshilfen für junge Menschen zu den größten Haushaltspositionen. Wir müssen auch in diesem Bereich mit einem um 2 Mio. EUR erneut steigenden Eigenbeitrag der Stadt in Höhe von dann 16,3 Mio. EUR rechnen.

Gerade mit Blick auf die neuen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung will ich dafür sensibilisieren, dass es durchaus vorkommt, dass für einzelne besonders komplex gelagerte Fälle in der Jugendhilfe Aufwendungen von mehr als 100.000 EUR pro Jahr entstehen. Diese Aufwendungen lassen sich de facto nicht planen oder steuern, da die jeweiligen Leistungsansprüche gesetzlich definiert sind. Der Haushalt kann deshalb an dieser Stelle nicht als exakte Planung, sondern als Prognose auf der Basis langjähriger Erfahrungen unserer Mitarbeitenden in der Jugendhilfe verstanden werden.

VI.

Schule, Bildung und Kultur

Die Schulträgerschaft ist eine Kernaufgabe für uns als Sonderstatusstadt. Bei allen Herausforderungen unserer Zeit sollten wir uns immer wieder vor Augen führen, dass Bildung eine wesentliche Grundlage für die Entfaltungsmöglichkeiten eines jeden Menschen, aber auch die Grundlage für den Wohlstand in unserer Region und in ganz Deutschland ist. Als Stadt tragen wir Verantwortung für die Stärkung unserer Bildungsangebote: von den Kindertagesstätten, den Schulen, unserer Volkshochschule bis hin zur Hochschule und dem Klinikum! Bei allen wirtschaftlichen Herausforderungen besteht für den Bildungsstandort Fulda noch weiteres Potential mit neuen Chancen.

In unserer Rolle als Schulträger werden wir steigende Kosten zu stemmen haben:

Die größten investiven Maßnahmen sind weiterhin der laufende Neubau der Cuno-Raabe-Schule, der Umbau für die Nachmittagsbetreuung an der Sturmiusschule, die Baumaßnahmen an der Marquardschule, an der Grundschule Maberzell und weiterhin die Modernisierung der Ferdinand-Braun-Schule. Konkret in Planung befinden sich die Sanierung der Pestalozzischule und der Freiherr-vom-Stein-Schule

Mit dem Bezug des Neubaus der Cuno-Raabe-Schule wird sich eine neue Chance zur Weiterentwicklung unserer Klinikschule bieten!

Bei allen Bauvorhaben sind seit 2020 massive Kostensteigerungen zu beobachten. In Anbetracht der knappen bzw. nicht vorhandenen Mittel müssen wir die finanzielle Machbarkeit der Investitionsvorhaben noch kritischer prüfen. Vieles, was in der Sache sicherlich wünschenswert sein mag, wird in den kommenden Jahren zumindest nicht in dem vorgesehenen Zeitraum realisierbar sein.

Im Jahr 2027 sollten wir uns darauf konzentrieren, die laufenden Investitionsvorhaben umzusetzen. Erst wenn klar ist, was die laufenden Projekte tatsächlich kosten, können wir über den Beginn neuer Projekte im Schulbau entscheiden.

VII.

Wohnen, Mobilität und Stadtentwicklung

Meine Damen und Herren,

Fulda ist eine Stadt, die weiterhin wächst. Aktuell leben laut Melderegister 70.545 Menschen in der Stadt. Seit dem Jahr 2020 ist die Bevölkerung Fuldas laut Melderegister um 2500 Menschen gewachsen. Die Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger an Wohnraum ändern sich. Gerade für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung ist es wichtig, dass neuer barrierefreier bzw. zumindest barrierearmer Wohnraum zur Verfügung steht und zusätzlich entsteht.

Bundesweit werden derzeit in den Wachstumsregionen zu wenige neue Wohnungen gebaut. Eine Trendumkehr ist nicht in Sicht. Wir in Fulda nutzen gerade die Chance, in erheblichem Umfang neuen Wohnraum zu schaffen. Das gilt vor allem für den geförderten Mietwohnungsbau sowie für den Wohnraum für Studierende und Auszubildende.

Unser eigenes Fuldaer Förderprogramm, welches wir im Dezember 2015 beschlossen hatten, zeigt offenkundig Wirkung.

Im Jahr 2025 konnten wir mit über 500 neuen genehmigten Wohneinheiten einen neuen Rekordwert erzielen.

Derzeit entstehen allein im Waidesgrund durch die Bauprojekte des Siedlungswerks, der Nassauischen Heimstätte, des Klinikums Fulda und der Baugenossenschaft TING fast 500 Wohneinheiten in zentraler Lage!

Die meisten aktuellen größeren Wohnbauprojekte können nur umgesetzt werden, weil wir als Stadt aktiv durch eigene Fördermittel oder die Übernahme von Bürgschaften unterstützen.

Der Haushalt 2027 stellt sicher, dass all die Projekte, deren Unterstützung wir in den vergangenen Jahren beschlossen haben, auch umgesetzt werden können.

Bei neuen Bauprojekten wird eine Förderung in Anbetracht der schwierigen Haushaltssituation allerdings nicht in allen Fällen bzw. nicht in der bisherigen Höhe möglich sein.

Mit Blick auf die Weiterentwicklung des ÖPNV bin ich nach wie vor der Überzeugung, das in den Gremien diskutierte Konzept „Taktfol“ schrittweise umgesetzt werden soll. Dabei werden wir jedoch sehr intensiv prüfen müssen, welche Schritte mit welcher Priorität in welchem Zeitrahmen machbar sind. Insgesamt sieht der Haushalt 6 Mio. EUR für den ÖPNV vor! Auch hier steigen die Aufwendungen infolge steigender Sach- und Personalkosten.

Meine Damen und Herren,

wir haben in den vergangenen Jahren ganz bewusst die Strategie einer aktiven Stadtentwicklung durch Bodenbevorratung verfolgt!

In diesem Zusammenhang möchte ich mich nochmals bei allen bedanken, die im laufenden Jahr die Weichen dafür gestellt haben, dass wir als Stadt das Areal der Gummiwerke erwerben konnten. Das Gelände ist mittlerweile im Eigentum der Stadt. Erfreulicherweise kann ich Ihnen heute berichten, dass unsere Volkshochschule ab November für interessierte Bürgerinnen und Bürger Führungen über das Gelände anbieten wird!

Der Erwerb und die Pflege der Fläche der Gummiwerke bedeuten für uns einen gewaltigen Kraftakt, aber auch eine riesige Chance, neue Arbeitsplätze zu schaffen und perspektivisch Gewerbesteuerereinnahmen zu erzielen.

Wir müssen dabei aber darauf achten, dass wir unsere Ressourcen nicht überstrapazieren.

Im Zuge der notwendigen Haushaltskonsolidierung ist deshalb vorgesehen, die Mittel für Grundstückserwerbe deutlich zu reduzieren. Der Entwurf sieht mit rund 2,1 Mio. EUR deshalb deutlich niedrigere Mittel für den Grundstückserwerb vor.

VII.

Sicherheit, Brand- und Zivilschutz, medizinische Versorgung

Meine Damen und Herren,

trotz der sehr schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen müssen wir in Deutschland kontinuierlich daran arbeiten, die innere und äußere Sicherheit zu stärken.

Die Entwicklung des Kriegsgeschehens in Europa zeigt, dass wir in Deutschland keineswegs außen vor sind. Die Realitäten können wir nicht ausblenden. Nachrichten über Drohnenflüge und Cyberangriffe zeigen unmissverständlich, dass wir uns auch auf kommunaler Ebene viel intensiver mit Fragen der Sicherheit auseinandersetzen müssen und unsere Infrastruktur und unsere Bevölkerung mit Blick auf verschiedene Bedrohungsszenarien besser schützen müssen.

Auf unserer Ebene sind die Feuerwehr und die Stadtpolizei zentrale Akteure, auf die es in nahezu allen denkbaren Krisenszenarien ankommt.

Deshalb ist es unsere Aufgabe, kontinuierlich für eine bestmögliche Ausstattung unserer haupt- und ehrenamtlichen Einsatzkräfte und eine bestmögliche Infrastruktur zu sorgen.

Dazu gehören auch adäquate Räumlichkeiten: In wenigen Wochen erfolgt nun der nicht nur symbolische Spatenstich für den neuen Feuerwehrstützpunkt Süd. Höchste Priorität bei unseren Baumaßnahmen hat auch die grundlegende Modernisierung unserer Hauptfeuerwache. Im Wesentlichen stammt die Bausubstanz noch aus den 1970er Jahren. Im Jahr 2027 wird es darauf ankommen, die Planungen für die Neugestaltung im Detail voranzubringen. Nach jetzigem Stand gehe ich davon aus, dass es nicht nur um eine Sanierung, sondern de facto um eine Neubaumaßnahme handeln wird. Die Hauptfeuerwache ist das Herzstück und die Schaltzentrale für unsere innere Sicherheit in Fulda. Deshalb muss dieses Projekt meiner Überzeugung nach höchste Priorität genießen. Ein zeitliches Verschieben der Umsetzung wäre aus meiner Sicht nicht vertretbar. Denn klar ist, dass die Baukosten für solche Projekte in der Zukunft nicht sinken, sondern eher noch steigen werden.

Eine große Chance für Fulda und die Stärkung des Ehrenamts in den Bereichen Brand- und Bevölkerungsschutz ist auch die geplante Neukonzeption des gemeinsamen Museums der deutschen Feuerwehren und des Technischen Hilfswerks. Tatsächlich würde die Umsetzung dieses Projektes in mehrfacher Hinsicht einen Schritt nach vorn bedeuten: Zum einen für die Fortführung der Tradition des Deutschen Feuerwehrmuseums. Die Grundlagen für dieses Museum wurden 1952 mit der Wiedergründung des Deutschen Feuerwehrverbands in Fulda gelegt. Anfang der 60er Jahre wurden hier im Fürstensaal die entsprechenden Beschlüsse für die Gründung des Museums gefasst. Nunmehr besteht die Chance für ein zukunftsweisendes Museumsprojekt, welches zugleich zu einer deutschlandweit bedeutsamen Begegnungs- und Bildungsstätte für das Ehrenamt entwickelt werden könnte. Dieses Projekt passt meiner Überzeugung nach bestens zur Strategie, Fulda mit seiner zentralen Lage weiter als Kongress- und Tagungsstandort auszubauen. Die über Jahre hinweg erarbeitete Förderkulisse von mehr als 18 Mio. EUR von Bund und Land bietet an dem Standort Weimarer Straße die einzigartige Chance, in die städtische Bausubstanz zu investieren und zugleich das Ehrenamt sowie die Attraktivität Fuldas zu stärken. Gemeinsam mit der RettMobil bietet sich die Chance, Fulda als den zentralen Standort für Fragen des Bevölkerungsschutzes zu etablieren. Deshalb werbe ich dafür, diese sich nur jetzt bietende Chance zu nutzen!

Meine Damen und Herren,

eine gute und verlässliche Gesundheitsversorgung ist für immer mehr Menschen ein maßgeblicher Faktor für Lebensqualität vor Ort. Viele Bürgerinnen und Bürger beklagen sich zu Recht darüber, dass es sehr schwierig geworden ist, zeitnah Arzttermine zu bekommen. Bei Fachärzten machen viele die Erfahrung, dass mit monatelangen Wartezeiten gerechnet werden muss.

Da ist es eine große Errungenschaft, dass unser städtisches Klinikum ein stabiler Anker für die Gesundheitsversorgung der Menschen in der gesamten Region ist.

Leider kann ich Ihnen in dieser Hinsicht Wiederholungen in meinen Haushaltsreden nicht ersparen: Es gibt nach wie vor nach meiner Kenntnis keine vergleichbare Situation in ganz Deutschland. Eine Stadt mit rund 70.000 Einwohnern ist alleinige Trägerin eines Klinikums der Maximalversorgung, welches für ein Gebiet mit rund

500.000 zuständig ist, zusätzlich eines der größten medizinischen Versorgungszentren in ganz Hessen betreibt und darüber hinaus auch noch die Möglichkeit eines Medizinstudiums ab dem 7. Semester anbietet.

Dass wir uns als vergleichsweise kleine Stadt dieser Aufgabe annehmen, alleinige Trägerin einer solchen Klinik von überregionaler Bedeutung zu sein, ist bundesweit einzigartig. In der jetzigen wirtschaftlich schwierigen Zeit führt uns diese Aufgabe allerdings an die Grenzen unserer finanziellen Belastbarkeit!

In den vergangenen 10 Jahren haben wir weit mehr als 50 Mio. EUR aus originären Mitteln der Stadt Fulda in das Klinikum investiert. Ein solches kommunales Engagement ist im System der deutschen Krankenhausfinanzierung eigentlich nicht vorgesehen. Ich wiederhole mich auch hier: Das in Deutschland geltende System der dualen Krankenhausfinanzierung sieht eigentlich vor, dass der Bund über die Krankenkassen für die Kosten des laufenden Betriebs zuständig ist. Die Bundesländer sind für die Investitionen zuständig.

Erneut muss ich an dieser Stelle an den Bund, aber auch an das Land Hessen appellieren:

Die für die Patientenversorgung notwendigen Krankenhäuser müssen endlich von Bund und Land auskömmlich finanziert werden!

Die Realität sieht nach wie vor anders aus.

Damit die wirtschaftliche Existenz unseres Klinikums nicht gefährdet ist, müssen wir auch mit dem städtischen Haushalt 2027 Handlungsfähigkeit gewährleisten. Konkret ist vorgesehen, die notwendige Sanierung des Bettenhauses mit 4,2 Mio. EUR zu unterstützen. Hierbei wollen wir Mittel aus dem Sondervermögen des Bundes einsetzen.

Ein leistungsfähiges und modernes Klinikum Fulda ist die Grundlage dafür, dass der Campus Fulda der Universität Marburg weiter gestärkt werden kann. Auch in diesem Jahr kommen 69 Studierende aus Marburg nach Fulda, um hier ab dem 7. Semester zu studieren. Schon jetzt zeigt sich, dass die Mehrzahl der erfolgreichen Absolventen bzw. Absolventinnen auch ihr Praktisches Jahr („PJ“) in Fulda absolvieren. Das ist der beste Weg, um für das Klinikum, das Herz-Jesu-Krankenhaus und die niedergelassene Ärzteschaft Nachwuchs zu generieren.

Die positive Entwicklung des Campus Fulda stellt unter Beweis, dass die hohen finanziellen Aufwendungen für das Klinikum mit einer echten Zukunftschance verbunden ist. Diese Chance besteht vor allem auch in der langfristigen Sicherung der Versorgung vor Ort.

Die Planungen für weitere Studienangebote wie Zahnmedizin und Klinischer Psychologie können einen weiteren Schritt zur Stärkung des Klinikums als Bildungseinrichtung und der Stärkung Fuldas als Bildungsstandort bedeuten.

All das spricht dafür, dass wir auch in wirtschaftlich herausforderungsvollen Zeiten als kommunaler Träger das Klinikum Fulda unterstützen!

Auch in der ambulanten Versorgung unterstützen wir als Stadt, wenn es darum geht, Arztpraxen zukunftsfähig aufzustellen. Das neue Ärztezentrum am Gallasiniring und die gestrige Grundsteinlegung für das Gesundheitszentrum Fulda West sind dafür aktuelle Beispiele.

VIII.

Klima, Natur- und Umweltschutz, Nachhaltigkeit

Meine Damen und Herren, in Anbetracht des Kriegs mitten in Europa und der weltweiten Krisen und Konflikte tritt der Klimawandel als die existenzielle Herausforderung unserer Zeit in der öffentlichen Wahrnehmung leider in den Hintergrund. Der Hitzesommer 2026 und die bei uns erstmalige Feststellung des Trinkwassernotstands lassen uns jedoch ganz unmittelbar spüren, dass sich der Klimawandel keineswegs ausblenden lässt.

Nach wie vor kommt es darauf an, dass wir mit Sinn für das Machbare, Technologieoffenheit und Innovationskraft dazu beitragen, dass die Auswirkungen des Klimawandels gelindert werden.

Ein Baustein ist dafür der weitere Ausbau erneuerbarer Energien im Stadtgebiet.

Die Agri-PV-Anlage in Maberzell ist nach meinem Eindruck ein sehr gutes Beispiel dafür, wie wir in der Stadt Fulda mit unserer Tochtergesellschaft RhönEnergie Fulda

einen Rahmen für innovative Vorhaben bieten können. Über die RhönEnergie Fulda haben wir zudem die Chance, bundesweit mit einer Vielzahl von Projekten einen konkreten kommunalen Beitrag zum Ausbau erneuerbarer Energien zu leisten.

Wir müssen davon ausgehen, dass der Hitzesommer 2026 keine einmalige Erfahrung bleibt, sondern den seit Jahren messbaren Trend zur Erwärmung widerspiegelt. Auch bei dieser wichtigen Aufgabe ist nicht in Sicht, dass die Kommunen von Seiten des Bundes in nennenswerter Weise Unterstützung erfahren werden. Umso mehr wird es darauf ankommen, bei der Umsetzung unseres Klimaschutzkonzeptes den Blick auf das Machbare zu richten. In der Innenstadt und in den Stadtteilen werden wir bspw. gefordert sein, um unsere seit Jahren bestehenden Anstrengungen für mehr grün zu intensivieren.

IX.

Investitionen, Kredite und Verschuldung:

Meine Damen und Herren,

konsolidieren bedeutet auch, dass wir die geplanten Investitionen im Vergleich zu den Vorjahren reduzieren.

Ich darf in Erinnerung rufen, dass wir im Haushalt 2023 mit einem Investitionsvolumen von 129 Mio. EUR geplant hatten. In den Jahren 2024 und 2025 planten wir mit Investitionen in Höhe von jeweils rund 85 Mio. EUR und 2026 mit 87 Mio. EUR.

Ich möchte Ihnen vorschlagen, die Höhe der Investitionen für 2027 auf rund 79 Mio. EUR zu reduzieren. Dies ist noch immer eine erhebliche Summe, die unsere Investitionsbereitschaft erneut unter Beweis stellt. Diese Investitionen sind auch notwendig, um Fulda weiter zukunftsfähig zu gestalten.

Im Finanzhaushalt 2027 sind Kreditaufnahmen für Investitionen in Höhe von insgesamt 49 Mio. EUR veranschlagt. Nach Möglichkeit soll dieser Rahmen im Vollzug nicht ausgeschöpft werden. Um unsere finanzielle Handlungsfähigkeit jederzeit sicherzustellen, ist geplant, einen Liquiditätsrahmen von bis zu 50 Mio. EUR in Form eines Kontokorrentkredits einzurichten.

Gleichzeitig sind Tilgungen in Höhe von 7,4 Mio. EUR geplant.

Meine Damen und Herren,

auch der Haushalt 2027 verfolgt das Ziel, dem Anspruch der Nachhaltigkeit im finanziellen Sinne gerecht zu werden. Allerdings ist eine Erhöhung der Verschuldung in der aktuellen Situation nicht zu vermeiden. Aktuell beläuft sich die Verschuldung auf 136 Mio. EUR. Die Höhe der Verschuldung zum Jahresende 2027 wird davon abhängen, welche Refinanzierungsmöglichkeiten die Sondervermögen des Bundes bieten und in welcher Höhe die Kreditermächtigungen in Anspruch genommen werden müssen.

Meine Damen und Herren, die notwendige Konsolidierung ist kein Selbstzweck. Das Ziel, die weitere Verschuldung zu begrenzen, ist eine Verpflichtung gegenüber den nachfolgenden Generationen. Eine Begrenzung der Verschuldung ist aber auch Voraussetzung dafür, dass wir handlungsfähig sind, wenn es darauf ankommt, Chancen für Fulda zu nutzen! Dass wir beim Erwerb des Areals der Gummiwerke trotz der wirtschaftlich schwierigen Rahmenbedingungen handlungsfähig waren, ist dafür das beste Beispiel!

Die Worte „Konsolidieren und Chancen nutzen“ beschreiben keinen Widerspruch, sondern stellen uns vor die Aufgabe, auch in schwierigen Zeiten besonnen und mit Weitblick zu handeln!

Mit Respekt vor dieser Aufgabe, Mut und Entschlossenheit können wir unsere Heimatstadt Fulda weiter gestalten und stärken!

Meine Damen und Herren,

Die schwierige Haushaltssituation wird uns in den kommenden Wochen sicherlich besonders fordern. Umso mehr werbe ich dafür, in diesen schwierigen Zeiten die aus meiner Sicht gute Fuldaer Tradition eines respektvollen Miteinanders in den Haushaltsberatungen fortzuführen!

Herzlich bedanken möchte ich mich schon jetzt bei unserem so verlässlichen und kompetenten Team der Kämmerei für die Vorbereitung des Haushalts 2027!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Fulda, 1. Oktober 2026

Dr. Heiko Wingenfeld